

Falsche Bewertungen von Pseudo-Urkunden

Um eine rechtliche Bewertung korrekt durchführen zu können, kann es erforderlich sein, entsprechende Dokumente in Augenschein zu nehmen, um Korrektheit und Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Treten hierbei Widersprüche auf, gilt es dies vom Gericht abzuklären.

Im vorliegenden Fall fand über das Gericht einen Austausch von Pseudobescheinigungen zwischen zwei Krankenkassen statt, wobei dies nicht nur ohne Zustimmung, sondern sogar gegen den ausdrücklichen Willen des Klägers erfolgte, wobei zusätzlich festgestellt werden kann, dass diese Art von Aktion in mehrfacher Hinsicht gesetzwidrig und somit unzulässig war. Mit dieser Handlungsweise sollte ein Vergleichsvorschlag des Gerichts zu einem bestimmten Zeitpunkt einen Kassenwechsel initiiert werden, der jedoch vom Kläger aus guten Gründen abgelehnt wurde. Durch diese illegale Aktion sind dann die entsprechenden Pseudounterlagen in die jeweiligen Krankenkassen Akten gelangt.

*Im Rahmen des Berufungsverfahrens, hatte dies zur Folge, dass eine Fehlbewertung vonseiten des Berufungsgerichts erfolgte. Durch das Vorfinden solcher Pseudo-Unterlagen gingen von einem **korrekten Wechsel aus und zwar zu einem Zeitpunkt der das Sozialgericht gegen den Willen des Klägers festgelegt hatte.***

Der Widerspruch scheint jedoch dem Berufungsgericht verborgen geblieben sein. Weshalb sollte der Kläger in Berufung gehen, wenn er dem Vergleichsvorschlag des SG zugestimmt hätte. Der Klagegrund wäre ja dann bereits in der ersten Instanz entfallen und es hätte überhaupt kein Urteil gegeben. ***Eigentlich hätte das Gericht von Amts wegen, diese Ungeheimtheiten klären*** müssen. Dies wurde scheinbar übersehen. Ohne das Vorfinden dieser Unterlagen, wäre eine solche Fehlbewertung nicht möglich gewesen.